

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Exporte - VW - Bauindustrie -
Rumänisch-deutsche Gesellschaft - Entwicklungshilfe**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1973) : Kurz kommentiert: Exporte - VW - Bauindustrie - Rumänisch-deutsche Gesellschaft - Entwicklungshilfe, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 53, Iss. 7, pp. 339-340

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134560>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Exporte

BRD wird größtes Ausfuhrland

Schon für 1973 dürfte sich angesichts des exzessiven Exportbooms in der BRD erfüllen, was sich im statistischen Trend längerfristig andeutete: Die BRD wird als Ausfuhrland die USA vom ersten Platz verdrängen. Während die USA nach der IWF-Statistik auf Dollarbasis 1951 noch einen Anteil von 19,7 % an der Weltausfuhr hatten, reduzierte er sich bis 1972 auf 13,4 %. Im gleichen Zeitraum erhöhte sich der Anteil der BRD von 5,1 % auf 12,6 %. Bei einem Ausfuhrwert von 46,9 Mrd. \$ betrug die Differenz zu den USA nur noch 3 Mrd. \$.

In der BRD dürften sich allerdings nur die Merkantilisten über diese Entwicklung freuen. Denn auf der Importseite und beim langfristigen Kapitalexport stellte sich keine ausgleichende Gegenbewegung ein, so daß die Grundbilanz weiter stark aktiv bleiben dürfte. Damit verschärft die außenwirtschaftliche Entwicklung die binnenwirtschaftlichen Stabilitätskonflikte. Trotz Aufwertung der DM von 1969–72 um 24 % gegenüber allen Handelspartnern erhöhte sich der Exportüberschuß um 30 %. EG-Experten prognostizierten für 1973 sogar einen Rekordüberschuß der Handelsbilanz von 25–28 Mrd. DM. Daran dürfte auch die Juni-Aufwertung von 5,5 % nicht viel ändern. Die Ankündigung einer erneuten Aufwertung – möglicherweise noch in diesem Jahr – wird auf die Exportnachfrage stimulierend wirken, die im gegenwärtigen inflationären Weltboom weniger von den Preisen als von der Fähigkeit der deutschen Exportindustrie bestimmt ist, qualitativ gute Erzeugnisse schnell liefern zu können.

Hinzu kommt, daß die deutschen Unternehmen seit der Rezession 1967/68 ihre Investitionen verstärkt auf die Exporterfordernisse ausrichteten. Da die Produktionsstrukturen nur mittelfristig veränderbar sind, ist damit die Wirksamkeit stabilitätspolitischer Maßnahmen eingeschränkt. Wechselkursänderungen in ökonomisch sinnvollen Größenordnungen dürften daher kurzfristig keine Änderung der deutschen Handelsbilanzentwicklung bringen. kr

VW

Produktion in den USA

Die Idee ist so alt wie der VW-Export in die USA. Während aber bisher Kosten- und Marketingüberlegungen die VW-Manager davon abgehalten haben, auf dem amerikanischen Markt eine eigene Produktionsanlage zu errichten, lassen die Ausführungen des VW-Chefs Leiding auf der Anfang dieses Monats in Wolfsburg abgehaltenen Haupt-

versammlung darauf schließen, daß die lang gehegten Produktionspläne in absehbarer Zeit verwirklicht werden sollen.

Den entscheidenden Anstoß dazu dürften die seit Mitte 1971 im Trend rückläufigen Absatzzahlen in den USA gegeben haben, zu denen es aufgrund der Restriktionsmaßnahmen der Nixon-Administration und der stetigen Verschlechterung der Dollar/DM-Relation kam. Mit dem Plan einer „Produktion am Markt“ wird daher in erster Linie das Ziel verfolgt, den bedeutendsten VW-Markt – rund ein Drittel der in Deutschland produzierten VW-Fahrzeuge geht in die USA – langfristig zu sichern und gegen währungs-, handels- und konjunkturpolitische Störfaktoren abzuschirmen.

Darüber hinaus fügt sich dieser Plan in das langfristige unternehmenspolitische Konzept des Volkswagenwerkes ein, das eine Verbesserung der Relation Auslandsproduktion zu Export und eine Intensivierung der Arbeitsteilung zwischen den Produktionsanlagen vorsieht, die bereits in fünf Ländern bestehen. Die geplante Produktionsaufnahme in den USA ist somit als ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einem multinationalen Unternehmen anzusehen.

Negative Beschäftigungseffekte in der BRD sind dabei nicht zu erwarten. Einmal sollen 50 % der Teile für das in den USA geplante Werk aus Deutschland geliefert werden, zum anderen wären die denkbaren Alternativen zur Produktion in den USA wahrscheinlich mit erheblichen Einbußen auf dem amerikanischen Markt verbunden. Die daraus resultierenden Auswirkungen auf den Beschäftigungsgrad in den deutschen VW-Werken dürften schwerwiegender sein als die Folgen der vorgesehenen Produktionsverlagerung. ko

Bauindustrie

Aufgedeckte Submissionsabsprachen

In einer großangelegten Aktion durchsuchten am 22. Juni Beamte des Bundeskartellamtes und der Kriminalpolizei die Büros von 168 Firmen und 4 Verbänden der Bauwirtschaft. Anlaß war der seit längerer Zeit bestehende Verdacht, daß hauptsächlich bei öffentlichen Bauaufträgen ein unerlaubtes Absprachesystem besteht. Offenbar wurden Vereinbarungen darüber getroffen, welche Firma den jeweiligen Auftrag erhalten sollte. Die übrigen „Konkurrenten“ kalkulierten in ihren Angeboten die Preise so hoch, daß sie über dem Angebot des ausgewählten Unternehmens lagen.

Derartige Absprachen sind in der Bauindustrie nicht neu. Seit Einführung des Kartellgesetzes sind immer wieder Geldbußen aufgrund sogenannter Submissionsabsprachen verhängt worden.

Bemerkenswert an diesem Fall ist der Umfang des Kartells. Das Bundeskartellamt vermutet – nach dem bisherigen Stand der Ermittlungen – einen Teilnehmerkreis von etwa 2000 Firmen. Es wird geschätzt, daß als Folge dieser Absprachen den Auftraggebern bis zu 40% höhere Preise abverlangt wurden. Bemerkenswert war allerdings auch die heftige Reaktion des Hauptverbandes der deutschen Bauindustrie, der die Aktion der Berliner Behörde als Stinkbombe bezeichnete und von Diffamierung einer ganzen Industrie sprach.

Die Veröffentlichungen des Kartellamtes als diffamierend aufzufassen, läßt den verständlichen Wunsch erkennen, die Affäre möglichst unauffällig abzuhandeln. Allerdings sollten die Ermittlungen so rasch wie möglich zu Ende geführt werden, damit Klarheit über Beteiligte und Umfang dieses Skandals herrscht. Weiterhin wird es unumgänglich sein, die Vergabepaxis bei öffentlichen Bauaufträgen kritisch zu durchleuchten, um auch von dieser Seite her mögliche Gefährdungen des Wettbewerbs auszuschalten. cr

Rumänisch-deutsche Gesellschaft

Ein erster Schritt

Anläßlich des BRD-Besuches von Nicolae Ceausescu wurde die erste rumänisch-deutsche Gesellschaft, die Resita AG, gegründet. Partner sind die Renk AG Zahnradfabrik in Augsburg – eine Tochter der Oberhausener Gutehoffnungshütte (GHH) – und die Resitawerke, eine rumänische Industriegruppe für Maschinenbau, sowie die Handelsorganisation Uzin-Export-Import in Bukarest. Zweck der Gründung ist die Errichtung und der Betrieb einer Schiffsgetriebefabrik nach Renk-Lizenzen in Resita.

Die Resita-AG, die weitgehend nach deutschem Aktienrecht konstruiert ist, wird ausschließlich in DM fakturieren. Die zusätzlich mit rumänischen Dieselmotoren bestückten Schiffsantriebe werden zu 50% im rumänischen Binnenland belassen, jeweils 25% werden in die Comecon-Märkte und in westliche Länder exportiert. Der Investitionsaufwand soll für beide Partner zunächst je 20 bis 22 Mill. DM und der erwartete Umsatz 50 Mill. DM betragen. Dem „49-Prozent-Partner“ aus dem Westen ist der Transfer von Gewinnen zugesichert worden. Die Verwaltung der Gesellschaft ist paritätisch besetzt, Ein- und Verkauf sind autonom, die Preise können selbst bestimmt werden.

Der Vertrag der GHH ist eine Konsequenz aus dem 1971 beschlossenen rumänischen Außenhandelsgesetz, das die Bildung gemischter Gesellschaften mit einem maximalen Fremdkapitalanteil von 49% und u. a. Steuerbegünstigung von Gewinnen vorsieht. Dieser Vertrag wird das von Ceausescu oft zitierte „Prinzip des gegenseitigen

Nutzens“ sicherlich erfüllen: Von östlicher Seite kann organisatorisches und technisches Know-how aus dem Westen genutzt und dem Kapitalmangel begegnet werden. Durch die angestrebten Exporte in Drittländer versprechen sich die Rumänen eine Verbesserung ihrer Zahlungsbilanz- und Wettbewerbssituation. Schwierigkeiten könnte es mit der Einordnung der eigenständigen AG in die Mehrjahrespläne geben. Für den westlichen Partner waren die kostengünstige Produktion und die verbesserten Marktzutrittschancen im Osten von Bedeutung. Es bleibt abzuwarten, ob das Beispiel GHH Schule macht, setzt es doch in den Ostländern die Überwindung ideologischer Hürden und im Westen den Abbau mancher Vorurteile voraus. ud

Entwicklungshilfe

Zwang zur Reform

Die FAO (Food and Agriculture Organization) ist zu kostspielig geworden: Die Verwaltungs- und Gemeinkosten verbrauchen mehr als ein Drittel des Gesamthaushalts und mindern um diesen Betrag die Entwicklungshilfe dieser Organisation. Kenner waren nicht sonderlich von diesen Berechnungen überrascht, die jüngst in der BRD veröffentlicht wurden. Schon 1970/1971 hatte der Jackson-Bericht für die Vereinten Nationen hohe Verwaltungskosten registriert. 1972 ergab die Analyse der Arbeiten des Europäischen Entwicklungsfonds ebenfalls hohe Aufwendungen für die Administration. Seither ist es ein fast hämisch vorgetragener Gemeinplatz geworden, daß Organisationen der internationalen Entwicklungshilfe einen zu großen Aufwand betreiben.

Diese Einstellung ist fehl am Platz, denn bisher gibt es keine Vergleichsmöglichkeiten für die Zahlen aus den internationalen Organisationen. Bis heute hat sich noch kein Experte daran gemacht, die Verwaltungskosten der bilateralen Hilfe und der internationalen Organisationen auszurechnen. Zudem läßt sich Aufwand und Ertrag der internationalen Organisationen häufig nicht auf Heller und Pfennig gegenüberstellen: Die FAO hat die Katastrophenhilfe für die Sahara-Anliegerstaaten schnell und unbürokratisch eingeleitet. UNDP und Europäischer Entwicklungsfonds haben bereits erste Ansätze zur Abstimmung bilateraler Entwicklungshilfemaßnahmen entwickelt, die jedoch nicht immer von den einzelnen Staaten ausreichend genutzt werden. Die Vertreter der internationalen Entwicklungshilfeorganisationen können sich mit diesen Gegenargumenten jedoch nicht zufriedengeben. Der hohe Anteil der Verwaltungskosten an den Gesamtkosten bleibt – wie immer man es sieht – Stein des Anstoßes und der Kritik und spricht allzu deutlich aus, daß Reformen und Rationalisierungsmaßnahmen nicht hinausgeschoben werden dürfen. mk